

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 13. Februar 2019

Sperrfrist: 10:30 Uhr

Sicherheitsreport 2019: Die Deutschen sehen die USA als größte Bedrohung für den Frieden

- **Wirtschaftliche Sorgen im Abwärtstrend. Angst vor Terror nimmt ab**
- **Wachsender Rückhalt für den Aufbau einer europäischen Armee**
- **Bürger in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden Württemberg fühlen sich am sichersten**

Fast die Hälfte der Bevölkerung hat das Gefühl, in einer besonders unsicheren Zeit zu leben, im Osten stärker als im Westen. Das ist das Ergebnis des „Sicherheitsreport 2019“, einer aktuellen repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Centrums für Strategie und Höhere Führung in Köln und des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der Sicherheitsreport wird seit 2011 jährlich erhoben.

Die Deutschen sorgen sich zurzeit mehr über die Entwicklung der Gesellschaft und der weltweiten Spannungen als über ihre persönliche Zukunft. Insbesondere die wirtschaftlichen Sorgen der Bundesbürger nehmen seit 2013 kontinuierlich ab, lediglich Inflationsängste sind wieder tendenziell auf dem Vormarsch. Auch die Sorgen über die innere Sicherheit gehen – nach einem Höchststand im Jahr 2016 – wieder zurück. Die persönlichen Ängste der Deutschen betreffen zurzeit vor allem Demenz und Pflegebedürftigkeit, generell Gesundheitsrisiken sowie Altersarmut (Schaubild 1).

Da es in letzter Zeit in Deutschland nicht zu gravierenden Terroranschlägen gekommen ist, sinkt die Terrorangst. Vor drei Jahren fühlten sich noch 45 Prozent persönlich durch Terrorismus bedroht, aktuell noch 28 Prozent. Auch die Sorgen, von anderen Gewaltverbrechen betroffen oder Opfer eines Einbruchs zu werden, gehen zurzeit zurück (Schaubild 2). Parallel hat die Kritik an der Sicherheitspolitik des Staates abgenommen (Schaubild 3).

Unterschiedliches Sicherheitsgefühl in den Bundesländern

Trotz der rückläufigen Sorgen fühlt sich jeder fünfte Bundesbürger in Deutschland nicht sicher. Jeder Dritte hat den Eindruck, dass sich die Sicherheitslage im näheren Umfeld in den letzten Jahren verschlechtert hat (Schaubilder 4 und 5).

Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. In den Stadtstaaten, im Saarland und in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt fühlen sich die Bürger weniger sicher als in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz (Schaubild 6).

Sorgen über die Entwicklung der Gesellschaft und die instabile Weltlage

69 Prozent der Bürger sorgen sich über die Entwicklungen in Europa und der Welt, die nach ihrem Eindruck immer unberechenbarer werden. Auch der Klimawandel beunruhigt die Bürger zunehmend. In Bezug auf die Situation im Land sorgen sich zwei Drittel der Bevölkerung über zunehmenden Extremismus, jeder Zweite auch über die Spaltung der Gesellschaft. Auch Terrorismus und innere Sicherheit spielen in der gesellschaftlichen Problemanalyse der Bürger nach wie vor eine große Rolle, obwohl das unmittelbare persönliche Bedrohungsgefühl rückläufig ist (Schaubilder 7 und 8).

„Die Bürger beurteilen zurzeit ihre persönliche Situation weitaus positiver als die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt und der Weltlage. Diese Kluft wird immer auffälliger“, sagt Professor Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Vereinigte Staaten als Bedrohung

Die größten Gefahren für die Stabilität der Welt gehen nach dem Eindruck der Mehrheit vor allem von einzelnen Staatschefs und militärischen Konflikten aus. Als größte Gefahr für den Weltfrieden werden mittlerweile vor allem die USA gesehen – vor Nordkorea, der Türkei und Russland.

„Der Sicherheitsreport 2019 zeigt deutlich: Für die Bundesbürger gibt es einen zentralen Unsicherheitsfaktor, der ihnen Angst macht. Und der heißt USA unter der Führung von Donald Trump,“ sagt Professor Klaus Schweinsberg vom Centrum für Strategie und Höhere Führung.

In Ostdeutschland werden die USA tendenziell als noch bedrohlicher wahrgenommen als in Westdeutschland, vor allem aber Russland und China als weitaus weniger bedrohlich: Während 45 Prozent der Westdeutschen auch Russland als einen Gefahrenherd sehen, gilt dies nur für 21 Prozent der Ostdeutschen.

Als gefährlichster Krisenherd gilt nach wie vor die Terrororganisation Islamischer Staat. Der Nordkorea-Konflikt hat in den Augen der Bevölkerung dagegen deutlich an Brisanz verloren. Nur noch 17 Prozent der Bundesbürger sehen diesen Konflikt als Bedrohung – ein Jahr zuvor waren es noch 48 Prozent.

Gegenüber 2017 hat die Unterstützung für eine gemeinsame europäische Armee zugenommen, so dass sich mittlerweile eine knappe relative Mehrheit hinter dieses Vorhaben stellt. Ein Ausbau des militärischen Engagements Deutschlands in der Welt findet jedoch nach wie vor nur bei einer kleinen Minderheit Unterstützung. Lediglich 14 Prozent unterstützen eine solche Ausweitung, während sich 25 Prozent für eine Reduzierung aussprechen.

Der Sicherheitsreport wurde 2011 vom Centrum für Strategie und Höhere Führung in Köln entwickelt und wird seither jährlich erhoben. Im Auftrag des Centrums für Strategie und Höhere Führung führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach jährlich eine repräsentative Befragung zu den Risikowahrnehmungen und -einschätzungen der Bevölkerung durch. Der Sicherheitsreport 2019 stützt sich auf insgesamt 1.249 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 5. und 17. Januar 2019 durchgeführt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher und Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

Weitere Ergebnisse unter:
www.sicherheitsreport.net

Pressekontakt:

Markus Förderl
Markus.Foederl@glh-online.com
0172 9051869

Dr. Steffen de Sombre
sdesombre@ifd.allensbach.de
07533 805-0

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung ist spezialisiert auf das Coaching und die Fortbildung von Führungskräften. Ein Tätigkeitsschwerpunkt sind Trainings für das Entscheiden in komplexen Lagen und unter hoher Unsicherheit. Das Centrum wurde 2009 von Professor Dr. Klaus Schweinsberg gegründet. Es hat seinen Sitz in Köln und Bodman am Bodensee.

Das Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als »Allensbacher Institut« bezeichnet, wurde 1947 von Professor Dr. Dr. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) gegründet. Es gehört heute zu den renommiertesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach. Das Institut befindet sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach.